

PROCESSING COPY

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S-E-C-R-E-T

COUNTRY East Germany

REPORT

25X1

SUBJECT Official Publication of the East German Ministry for Light Industry, Volume 8, 13 August 1956

DATE DISTR. - 3 SEP 1957

NO. PAGES 1

REQUIREMENT NO. RD

ENCLOSURE ATTACHED

DATE OF INFO.

PLACE & DATE ACQ.

REFERENCES

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

public

of the East German Ministry for Light Industry Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Leichtindustrie, Volume 8, dated 13 August 1956. Among other articles concerning the industry is one which lists the names and addresses of East German trade representatives in non-Communist countries throughout the world.

25X1

25X1

S-E-C-R-E-T

25X1

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC						
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#").																

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Leichtindustrie

1956

Berlin, den 13. August 1956

Nur für den Dienstgebrauch!

INHALTSVERZEICHNIS

Kommuniké über die 100. Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie vom 29. Juli 1956	114
Sonderkommuniké über die Beratungen des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie zur Veränderung der strukturellen Gliederung im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie	114
Kommuniké über die außerordentliche Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie vom 30. Juli 1956	115
I. Anweisungen und Richtlinien	
1. Beschluß des Ministerrates vom 20. Juli 1956 zur Sicherung der Einbringung der Ernte	115
2. Sicherung der bedarfsgerechten Produktion von Massenkonsumgütern	116
3. Anweisung zur Unterstützung der Einführung der polytechnischen Bildung an den allgemeinbildenden Schulen	118
4. Richtlinien für die Zahlung von Prämien an die wissenschaftlichen Mitarbeiter, das ingenieurtechnische Personal und das leitende kaufmännische Personal in den Zentralen Projektierungsbüros	120
II. Hauptbuchhaltung	
5. Schulungen über die Brancherichtlinien für die Buchführung mit den Mitarbeitern der Abteilungen Rechnungswesen	121
6. Lohnfondskontrolle durch die Deutsche Notenbank	121
7. Bezahlung von Übungsstunden der Betriebsfeuerwehren	121
III. Finanzen und Preise	
8. Erteilung von Ausnahmegenehmigungen bei Bezug von Waren des Bevölkerungsbedarfs	121
9. Katalogisierung der Einzelhandelspreise	122
10. Artikelnummern bei Rechnungen	122
11. Werbematerial	122
IV. Absatz	
12. Prämierung von Betrieben für die Erweiterung der Sortimente an Massenbedarfsgütern bei Einhaltung bzw. Unterschreitung der geplanten Kosten	123
13. Prämierung von Exportbetrieben	123
14. Reisen ins Ausland	123
V. Technische Sicherheit und Arbeitsschutz	
15. Mitteilung über die Tagung der Sicherheitsinspektoren der Hauptverwaltungen und Verwaltungen des Ministeriums für Leichtindustrie am 4. und 5. Juli 1956 in Karl-Marx-Stadt	124
16. Arbeitsschutzmonat im September 1956	124
17. Messeschutzverordnung	124
18. Arbeitsvorschrift für die Betriebswachen in den volkseigenen und gleichgestellten Betrieben vom 14. September 1954	124
VI. Mitteilungen und Hinweise	
19. Schweinemast in den volkseigenen Industriebetrieben	125
20. Bestellung von Geräten für die Betriebsmaß-, Sicherungs- und Regelungstechnik	125
21. Mitteilung für die Fernsprechteilnehmer der Regierungsvermittlung Ehrenbergstraße	125
22. Mitteilungen des Staatlichen Vertragsgerichtes bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik	
a) Geltendmachung einer Vertragsstrafe wegen Verzuges neben einer Vertragsstrafe wegen Qualitätsmängel	125
b) Einspruch gemäß § 6 der 6. Durchführungsbestimmung zur Vertragsstrafverordnung	125
23. Mitteilung der Zentralleitung der Kammer der Technik	126
24. Statistische Gütekontrolle für jeden verständlich	126

VII. Mitteilungen der HV Textil

25X1

Zum Staatssekretär im Ministerium für Leichtindustrie wurde

Herr Fritz Müller

und zu Stellvertretern des Ministers die

Herren Hans Wittik,

Wilhelm Kirsche,

berufen.

Ernst Köntzer

Herr Staatssekretär Teichmann und Herr Stellvertreter des Ministers Krauß wurden von ihren Funktionen entbunden und übernehmen andere verantwortliche Funktionen im Staatsapparat.

Die Veränderung der Struktur im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie wird in entscheidendem Maße die Verantwortlichkeit der Hauptverwaltungen stärken, unnötige Verwaltungsarbeit ausschließen und die direkte Verbindung der volkseigenen Betriebe zur Regierung verbessern.

Die Durchführung dieser Maßnahmen schafft eine weitere Voraussetzung für die Erfüllung der den Betrieben des Ministeriums für Leichtindustrie im zweiten Fünfjahrplan gestellten Aufgaben.

Die Leitung des Ministeriums für Leichtindustrie und das Kollegium sprechen allen leitenden Funktionären und allen Mitarbeitern, die im Zusammenhang mit der Veränderung der Struktur den Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie verlassen, um andere wichtige Funktionen zu übernehmen oder durch Umsetzung in anderen Funktionen im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie tätig sein werden, für die von ihnen geleistete Arbeit beim Aufbau der sozialistischen Leichtindustrie ihren Dank, verbunden mit den besten Wünschen für weitere Erfolge in ihrer künftigen Tätigkeit, aus.

Die Leitung des Ministeriums für Leichtindustrie setzt in alle Mitarbeiter die Erwartung, in vorbildlichem Einsatz die gegenwärtig zu lösenden Aufgaben durchzuführen.

Die Durchführung dieser Aufgaben wird durch gesonderte konkrete Terminpläne und direkte Weisungen gesichert.

Kommuniqué über die außerordentliche Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie vom 30. Juli 1956

Am 30. Juli 1956 fand in Berlin in Anwesenheit von Vertretern der Sekretariate der Zentralvorstände der Industriegewerkschaften Textil Bekleidung Leder, Chemie und Bauholz unter Leitung von Herrn Staatssekretär Müller eine außerordentliche Kollegiumssitzung zur Auswertung des sozialistischen Massenwettbewerbes im II. Quartal 1956 statt.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen kritische Beobachtungen zu den Methoden der Auswertung des Wettbewerbes, der Siegeremittlung und der Realität der erreichten ökonomischen Erfolge. Das Kollegium wandte sich entschieden gegen jede Zahlenmanipulation und beauftragte in diesem Zusammenhang die HA Arbeit in Verbindung mit Vertretern der Industriegewerkschaften, die Wettbewerbsbestimmungen grundlegend zu überprüfen.

Nachdem das Kollegium allen Mitarbeitern in den Betrieben und Handelsorganen der Leichtindustrie, besonders den Wissenschaftlern, Technikern, Aktivisten und Verdienten Aktivisten für ihren vorbildlichen Einsatz und die von ihnen errungenen Erfolge im ersten Halbjahr 1956 gedankt hatte, beschloß das Kollegium dem Bundesvorstand des FDGB und dem Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik zur Auszeichnung fünf Betriebe als Republikssieger und 30 Betriebe werden mit der Wandertafel des Ministeriums als Gruppensieger ausgezeichnet.

Das Kollegium knüpft an die Auszeichnungsschläge die Erwartung, daß die Auszeichnung zu größeren und höheren Leistungen bei der Durchführung des Massenwettbewerbes im III. Quartal 1956 und bei der Erfüllung der staatlichen Aufgaben des Ministeriums führen wird. Die Mitarbeiter in allen Positionen ihre Erfüllung.

Vgl. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 135

I. Anweisungen und Richtlinien

1. Beschluß des Ministerrates vom 20. Juli 1956 zur Sicherung der Einbringung der Ernte

Auf Grund des bisherigen für die Landwirtschaft ungünstigen Witterungsverlaufs und der bereits eingetretenen Unwetter- und Wasserschäden ist es erforderlich, Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Ernte und der Versorgung der Bevölkerung zu treffen.

Aus diesem Grunde hat der Ministerrat beschlossen, daß zusätzliche Arbeitskräftereserven in der Landwirtschaft eingesetzt werden, um die verlustlose Einbringung der Ernte zu sichern. Für den Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie ergeben sich aus diesem Beschluß folgende Aufgaben:

1. Alle Betriebe aus dem Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie unterstützen die volkseigenen Güter, LPG und die örtlichen landwirtschaftlichen Betriebe bei der verlustlosen Einbringung der Ernte im Kreisgebiet des betreffenden Betriebes.

2. Sämtliche Betriebe des Ministeriums für Leichtindustrie in den Bezirken Karl Marx-Stadt, Gera, Leipzig und Erfurt werden beauftragt, zu überprüfen, welche Arbeitskräfte für den überbezirklichen Einsatz freigestellt werden können. Der überbezirkliche Einsatz findet in den Bezirken Neubrandenburg und Schwerin statt. Die für diesen Zweck freigestellten Arbeitskräfte sind dem zuständigen Rat des Kreises zu melden und stehen als Reserve auf Abruf bereit.

3. Die Betriebe des Ministeriums für Leichtindustrie im demokratischen Sektor von Groß-Berlin unterstützen den Einsatz im Bezirk Frankfurt (Oder) bei der Ernte.

4. Die unter 1 bis 4 genannten Aufgaben sind in der einschlägigen Fachschul- und Betriebsberufsschulung zu berücksichtigen.

5. Zur weiteren Verwirklichung des Beschlusses des Zentralkomitees der SED „Industrie auf den Weg zum Land“ muß die Werbung im Jahre 1956, die vom Ministerium beauftragt ist, in Zusammenarbeit mit den Arbeitskräften restlos realisiert werden.

Zur weiteren Durchführung der Werbung sind die Kader aus den Industriebetrieben des Ministeriums für Leichtindustrie. Es ist es notwendig, die Werbung über die verstärkte Werbung für die Mobilisierung der Arbeiter auf das Land“ vom 6. Juli 1956 (Mitteilungen Nr. 7 vom 23. Juli 1956) in Anwendung zu bringen.

Für die Entlohnung und Finanzierung der geworbenen Kader gelten folgende bereits veröffentlichten Verfügungen und Mitteilungen:

1. Verfügungen und Mitteilungen Nr. 6 vom 27. Juni 1956, Seite 141: Richtlinien zur Aktion „Industriearbeiter aufs Land“.

2. Verfügungen und Mitteilungen Nr. 7 vom 23. Juli 1956, Seite 137: Dienstweisung über die ver-

25X1

3. Machen sich in einzelnen Betrieben solche Produktionsumstellungen im Laufe des Jahres notwendig, die die grundlegenden Kennziffern des Betriebes betreffen, dann müssen entsprechend den Änderungen der Produktionspläne auch die übrigen Pläne, insbesondere der Finanzplan, geändert werden.

4. Falls sich auf den einzelnen Gebieten eine tatsächliche Überproduktion im Verhältnis zum eigenen Bedarf und dem Exportbedarf ergibt, ist eine entsprechende Einschränkung der betreffenden Produktion vorzunehmen. Soweit die sich daraus ergebenden Maßnahmen nicht durch die Räte der Kreise und Bezirke veranlaßt werden können, hat das betreffende Produktionsministerium gemeinsam mit der Staatlichen Plankommission dem Ministerrat Vorschläge über die Verwendung der freiwerdenden Arbeitskräfte und die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zu unterbreiten.

5. Der Minister für Handel und Versorgung wird verpflichtet, die Überzentralisation der Warenbereitstellung zu beseitigen, die in der Aufschlüsselung der Kontingente und Sortimente für die Kreise durch zentrale Stellen zum Ausdruck kommt. Er hat dafür zu sorgen, daß den staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandelsorganen bei der Erfüllung ihrer Warenbereitstellungspläne größte Initiative beim Einkauf im Großhandel gesichert wird.

III. Zentralsierung der Lagerhaltung und der Sortimentierung von Massenkonsumgütern beim staatlichen Großhandel

Um einen exakten Überblick über vorhandene Bestände von Massenkonsumgütern zu erlangen und Änderungen des Bedarfs rechtzeitig ermitteln zu können, ist die Konzentrierung der Lagerhaltung im staatlichen Großhandel notwendig, der die Waren der Produktion abnimmt, sortimentiert und gemäß den Bestellungen an den Einzelhandel abgibt.

1. In den Verträgen zwischen Produktionsbetrieben und Großhandelsorganen sind solche Lieferbedingungen festzulegen, die den kontinuierlichen Fluß der Fertigwaren aus der Produktion in die Lager des Großhandels sicherstellen. Die Produktionsbetriebe werden dadurch von der Lagerhaltung in Fertigwaren befreit. Diese Regelung gilt sinngemäß für solche großen Einzelhandelsbetriebe, die unmittelbare Vertragspartner der Produktionsbetriebe sind. Dabei ist im Interesse der Verkürzung der Warenwege und damit der Einsparung von Zirkulationskosten der Anteil der Direktbezüge der Einzelhandelsbetriebe bzw. Verkaufsstellen von den Produktionsbetrieben wesentlich zu erhöhen. Es sind jedoch ökonomisch begründete Mindestbezüge zu sichern und unzulässige Sortimenteinschränkungen zu vermeiden.

2. Um im Großhandel diese Lagerhaltung und eine breite Sortimentgestaltung zu ermöglichen, werden der Minister für Handel und Versorgung und der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission in Abstimmung mit dem Minister der Finanzen verpflichtet, die Richtlinie des Großhandels für Industriegüter dieser Aufgabenstellung entsprechend zu erhöhen. Die im Plan vorgesehene Handelsreserve an Fertigwaren ist nach Überprüfung der Lagerhaltung an den Staatlichen Großhandel aufzulösen.

3. Der Minister für Handel und Versorgung wird verpflichtet, im Staatlichen Großhandel ein solches technisch modernes Rechnungswesen der Lagerhaltung einzuführen, das ständig die vorhandenen Lagerbestände sichtbar macht und es gestattet, in kurzer Frist die vorhandenen Bestände an einzelnen Waren

zu ermitteln. Der Einzelhandel ist damit weitgehend von Abrechnungs- und Verwaltungsarbeit zu befreien. Die Planerfüllung des Einzelhandels ist durch systematische Umsatzkontrollen laufend zu überprüfen.

4. Die Minister der Produktionsministerien werden verpflichtet, die ihnen unterstehenden Produktionsbetriebe zu veranlassen, die bei diesen freiwerdenden Lagerräume dem Großhandel für die Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

5. Der Minister für Handel und Versorgung wird verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Einzelhandel das Recht erhält, unter Berücksichtigung seiner eigenen Warenbestände neue Waren und fehlende Sortimente beim Großhandel einzukaufen. Gleichzeitig hat er dem Großhandel zu untersagen, Zwangssortimente festzulegen oder den Einzelhandel zu Kopplungsgeschäften zu zwingen. Der Großhandel ist zu verpflichten, den Einkauf des Einzelhandels auf der Grundlage seiner Planaufgaben zu überwachen und sicherzustellen, daß der Einzelhandel plangemäß, aber in freier Wahl der Sortimente einkauft.

IV. Sicherung der Qualität der Massenkonsumgüter durch den Handel

Die Versorgung der Bevölkerung mit Massenkonsumgütern von einwandfreier Qualität und im neuesten Stand der Technik und Mode zu stellen.

1. Die Gütekontrolle der an den Handel abgegebenen Waren erfolgt durch die Güteinspektoren in den Produktionsbetrieben. Die Gütekontrolle seitens der Produktion wird dadurch nicht berührt.

2. Die staatlichen Güteinspektoren haben das Recht und die Pflicht, die Produktion von tragsgerechter Waren und die Qualität der Waren in die Handelsbetriebe zu überprüfen. Außerdem verpflichtet, Vorschläge für eine gerechte Produktion, insbesondere für die Sicherung der Qualität, die Ergänzung der Sortimente und die Standardisierung bei Produktionsumstellungen, sowie die arbeitung der Perspektivbedarfsplanungsprogramme für die Wirtschaft zu wirken.

3. Die Minister der Produktionsministerien sind verpflichtet, für die Gütekontrolle der Produktion hochqualifizierte Kader für die Güteinspektion aufzugeben.

V. Festsetzung von Verbraucherendpreisen durch den Handel

Die bedarfsgerechte Belieferung der Bevölkerung mit Massenkonsumgütern und die Vermeidung von Lagerbeständen bei einzelnen Waren bedingen die Festsetzung der Verbraucherendpreise. Die Feststellung richtiger Verhältnisse zwischen den verschiedenen Waren zur Voraussetzung.

1. Soweit Verbraucherendpreise nicht vom Ministerrat festgesetzt werden, können sie nur vom Minister für Handel und Versorgung bestimmt werden. Das bezieht sich gleichfalls auf die Verbraucherendpreise für Importe. Auch in den Industrieläden dürfen die Waren nur zu den vom Minister für Handel und Versorgung festgesetzten Preisen verkauft werden.

2. Der Minister für Handel und Versorgung hat bis zum 31. Dezember 1958 Preiskataloge für Massenkonsumgüter vorzulegen, die die Minimal- und Maximal-

1. In jedem Betrieb des Ministeriums für Leichtindustrie befaßt sich das Leitungskollektiv des Betriebes in einer außerordentlichen Sitzung mit der polytechnischen Bildung nach dem Studium der Vorschläge des V. Pädagogischen Kongresses und der einschlägigen Literatur über die polytechnische Bildung in den allgemeinbildenden Schulen (Einheit Nr. 9/3 von Gorch. Ziller).

Termin: 30. August 1956

Verantwortlich: Werkleiter

2. Jeder Betrieb im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie übernimmt mindestens eine Patenschaft über eine allgemeinbildende Schule, wobei auch mehrere Betriebe mit verschiedenartiger Produktion Patenschaftsverträge mit einer allgemeinbildenden Schule abschließen können. In Städten mit mehreren Schulen ist mit dem Rat der Stadt — Abteilung Volksbildung — Übereinstimmung über die Auswahl der Schulen herbeizuführen.

Termin: 15. September 1956

Verantwortlich: Werkleiter

3. Im Patenschaftsvertrag werden die technischen Kräfte, Meister, Ingenieure, Techniker, Produktionsleiter, Neuerer und Aktivisten nominiert, die nach einem festen Plan, der in Zusammenarbeit mit dem Leiter der allgemeinbildenden Schule aufzustellen ist, in der Schule praktische Hilfe bei der Durchführung des Werkunterrichts geben.

Verantwortlich für die Einhaltung des Planes der für den Betrieb in Frage kommenden Aufgaben ist der Werkleiter.

Termin: 15. September 1956

4. Die im Patenschaftsvertrag aufgeführten Kollegen der Betriebe helfen und beraten die Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen bei der Ausarbeitung von Fachlektionen oder halten diese Lektionen an den Schulen selbst. Sie sollen möglichst im Monat einmal in dieser Schule hospitieren.

Termin: laufend

Verantwortlich: Werkleiter

5. Die Technischen Kabinette der Betriebe sind erheblich zu erweitern und dann den allgemeinbildenden Schulen zugänglich zu machen und nach Möglichkeit im Rahmen der polytechnischen Bildung an der Patenschule technische Ausstellungen an einem festen Platz unter dem Begriff „Ecke der polytechnischen Bildung“ zu errichten.

Termin: 1. Oktober 1956

Verantwortlich: Technischer Leiter

6. Die Chroniken der Betriebe sind der Patenschule zur Verfügung zu stellen mit dem Hinweis der Entwicklung der Produktivkräfte des Ortes bzw. der näheren Heimat.

Termin: 1. November 1956

Verantwortlich: Werkleiter

7. Wird im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie eine Ausbildungsstätte oder Lehrwerkstätte aufgelöst, so ist über das Verzeichnis der Anlagegegenstände dieser Lehr- bzw. Ausbildungsstätte zwischen Werk- und Schulleiter zwecks Umsetzung verschiedener für die polytechnische Bildung erforderlicher Maschinen, Werkzeuge, Ausrüstungs-

gegenstände und sonstiger freiwerdendes Materialien schriftliche Einigung zu erzielen. Die in die Patenschule umzusetzenden Anlagegegenstände müssen dem Leiter der Hauptverwaltung des betreffenden Industriezweiges, dem der Betrieb unterstellt ist, zur Genehmigung vorgelegt werden. Eine entsprechende Regelung ist durch das Ministerium der Finanzen hierzu erlassen worden.

Termin: laufend

Verantwortlich: Werkleiter

8. Die Werkleiter haben dafür zu sorgen, daß ein im Patenschaftsvertrag nominierter Kollege des Betriebes in dem Elternbeirat bzw. Elternaktiv intensiv tätig ist.

Termin: 1. September 1956

9. Die im Patenschaftsvertrag nominierten Kollegen der Betriebe übernehmen Patenschaften über die Lehrkräfte der Patenschulen. Dabei ist Wert darauf zu legen, daß mindestens einmal im Monat im Betrieb mit dem Paten technologische Studien durchgeführt werden, damit er sich die praktischen Kenntnisse für die Durchführung der polytechnischen Bildung aneignen kann.

Termin: 30. September 1956

10. Die Lehrkombinate haben bei der Durchführung der polytechnischen Bildung ganz besonders große Aufgaben zu übernehmen, weil dort die theoretische und praktische Berufsausbildung viele Anknüpfungspunkte für polytechnische Bildung der allgemeinbildenden Schulen bietet. Deshalb sind die Klassen der allgemeinbildenden Schulen, die den polytechnischen Unterricht vermittelt bekommen, in die Lehrkombinate einzuladen, und die Ausrüstung der Lehrkombinate ist außerhalb der Ausbildungsstätte der allgemeinbildenden Schulen zur Benützung zur Verfügung zu stellen. Es muß aber gewährleistet sein, daß die theoretische und praktische Berufsausbildung der Schüler des Lehrkombinate dadurch nicht gestört wird.

Termin: 30. September 1956

Verantwortlich: Werkleiter

11. In den technischen Betriebsschulen des Ministeriums für Leichtindustrie sind Qualifizierungslehrgänge (theoretisch und praktisch) für die Werkleiter der allgemeinbildenden Schulen, aber auch für die Lehrer der naturwissenschaftlichen Fächer und Zeichenlehrer durchzuführen, damit diese Lehrkräfte ihre polytechnischen Kenntnisse erweitern und vertiefen können. Einzuleitende Maßnahmen sind mit der Abteilung Volksbildung bei den Räten der Kreise zu diskutieren und entsprechend den örtlichen Erfordernissen im einzelnen festzulegen.

Termin: 30. September 1956

Verantwortlich: Leiter der Hauptverwaltung

12. Die Leiter der Hauptverwaltungen lassen sich über die Punkte 1 bis 11 im Monat Oktober von den Werkleitern über die durchgeführten Maßnahmen berichten. Sie legen für ihre Industriezweige in Verbindung mit der Hauptverwaltung Arbeit und Berufsausbildung des Ministeriums für Leichtindustrie in Auswertung dieser Berichte weitere Maßnahmen fest.

Verantwortlich: Leiter der Hauptverwaltung

Kontrollen die für die Produktionsbereiche verantwortlichen Stellvertreter des Ministers.

Vorg. u. Mitt. d. Min. f. Leichtind. Nr. 9/3 v. 12. 8. 56

II. Hauptbuchhaltung

A. Schulungen über die Brancherichtlinien für die Buchführung mit den Mitarbeitern der Abteilungen Rechnungswesen

Gemäß Beschluß des zentralen Arbeitskreises für das Rechnungswesen sind in allen Verwaltungsebenen und Betrieben des Ministeriums für Leichtindustrie mit den Mitarbeitern der Abteilungen Rechnungswesen und den unmittelbar damit in Berührung kommenden Kollegen anderer Abteilungen Schulungen über die vorliegenden Brancherichtlinien durchzuführen.

Das Ziel dieser Schulungen ist es, die Kollegen umfassend mit den fachlichen und politökonomischen Fragen des Rechnungswesens vertraut zu machen, ihnen einen Überblick über das Gebiet des Rechnungswesens und dessen Aufgaben bei der Leitung des Betriebes zu geben, um durch die damit eintretende fachliche Qualifizierung eine Verbesserung der Arbeit zu erreichen. Andererseits soll als Ergebnis der Schulungen eine Verbesserung der vorliegenden Brancherichtlinien ermöglicht werden, indem das darin Enthaltene kritisch von den für die Bearbeitung der einzelnen Spezialgebiete Verantwortlichen beurteilt wird und im Rahmen der Verordnung über die Buchführung (GBL I 92 55) Änderungen vorgeschlagen werden.

Verantwortlich für die Durchführung der Schulungen sind die Hauptbuchhalter. Die Schulungen sollen in der ersten Septemberwoche beginnen und in nicht weniger als 12 und nicht mehr als 15 Doppelstunden (wöchentlich eine Doppelstunde) abgeschlossen werden.

Von den Hauptbuchhaltern sind an Hand der Brancherichtlinien Schulungspläne aufzustellen. Als Themen sind die einzelnen Abschnitte der Richtlinie seminaristisch und teilweise als Lektion durchzuarbeiten. Den Zeitaufwand für die einzelnen Abschnitte bestimmen die Hauptbuchhalter unter Berücksichtigung betrieblicher Schwerpunkte. Die Schulungspläne sind dem Hauptbuchhalter der übergeordneten Hauptverwaltung zur Bestätigung vorzulegen. Nach Abschluß jedes Themas sind die vorgebrachten brauchbaren Hinweise und Änderungsvorschläge dem Arbeitskreis für das Rechnungswesen der jeweiligen Hauptverwaltung zuzustellen. Die Schulungspläne der HV werden eigenverantwortlich vom Hauptbuchhalter der HV festgelegt. Die Werkleiter der Betriebe bzw. HV-Leiter werden

gebeten, technische Maßnahmen zur reibungslosen Durchführung dieser Schulungen zu treffen und ihre termingemäße Durchführung zu kontrollieren.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 3 36 v. 12. 8. 56

6. Lohnfondskontrolle durch die Deutsche Notenbank

Die Deutsche Notenbank beschwert sich berechtigterweise darüber, daß es die Betriebe versäumen, bei Planänderungen die neuen Planzahlen den zuständigen Niederlassungen der Deutschen Notenbank bekanntzugeben. Gemäß § 3 Absatz 1 der AO Nr. 1 zur 6. DB zum Gesetz über die Deutsche Notenbank (GBL I 18 56) sind die Betriebe dazu verpflichtet.

Ein weiterer Mangel sind die bei eingetretenen Lohnfondüberschreitungen sehr allgemein gehaltenen Einsparungsverpflichtungen. Sehr oft fehlt die Angabe der Maßnahmen, durch die die Einsparungen erzielt werden sollen, sowie die gestellten Termine (§ 4 der AO Nr. 1).

Die Hauptbuchhalter der Betriebe werden gebeten künftig darauf zu achten.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 3 36 v. 12. 8. 56

7. Bezahlung von Übungsstunden der Betriebsfeuerwehren

Die Übungsstunden der Betriebsfeuerwehren werden besonders in den Fällen, wo deren Angehörige zeitig Mitglieder einer freiwilligen Feuerwehr sind, während der Arbeitszeit durchgeführt. Sofern betriebliche Erfordernisse vorübergehend eine Kürzung der Übungsstunden nach der Arbeitszeit erfordern, ist gegen eine Bezahlung nichts einzusetzen.

Die Veröffentlichung in den Verfügungen der Ministerien 1954, Seite 138, ist für diese Fälle verbindend.

Wenn in noch folgenden Durchführungsbestimmungen zum Brandschutzgesetz vom 18. Januar 1954 festgelegt wird, sind künftig die durch den Verschleiß des Gerätes und durch Übungen entstehenden Kosten in der bisherigen Höhe weiterzubezahlen. Es ist davon, ob sie in der Freizeit oder während der Arbeitszeit durchgeführt wurden.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 3 36 v. 12. 8. 56

III. Finanzen und Preise

8. Erteilung von Ausnahmegenehmigungen bei Bezug von Waren des Bevölkerungsbedarfs

Gemäß Anordnung vom 1. März 1956 über den Bezug von Waren des Bevölkerungsbedarfs durch gesellschaftliche Konsumenten (GBL II Nr. 13) wurde der Abteilung Handel und Versorgung bei den Räten der Kreise die Zuständigkeit für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen übertragen.

Mit der Anordnung soll erreicht werden, daß volkseigene Betriebe und Verwaltungen nicht beliebig und unkontrolliert beim Einzelhandel einkaufen, um dadurch nicht den Warenfonds für Bevölkerungsbedarf zu schmälern. Es sollen im Prinzip gesellschaftliche Konsumenten nur im staatlichen Großhandel einkaufen.

Von den gegebenen Erleichterungen des Einkaufs im Einzelhandel soll nur in solchen Fällen Gebrauch gemacht werden, in denen die benötigte Menge in keinem Verhältnis zum Aufwand bei einer Bestellung im Großhandelslager steht.

Auch dann, wenn eine Ware im staatlichen Großhandel nicht vorhanden ist, haben gesellschaftliche Konsumenten nicht das Recht, diese vom Einzelhandel ohne Genehmigung durch den Rat des Kreises zu beziehen.

In solchen Fällen, unter besonderer Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, bei der die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises nachgeprüft wird, können Anträge auf Erteilung von Ausnahmegenehmigungen gestellt werden. Der Antrag kann sich nur auf Waren für den Bevölkerungsbedarf beziehen, d. h. alle Waren für die individuelle Konsumtion, die im Warenbereitstellungsplan des Einzelhandels liegen.

Alle Anträge, die für Produktionsmittel gestellt werden, z. B. für Spezialmaschinen und -werkzeuge sowie Arbeitsmittel, die der Weiterverarbeitung dienen, fallen nicht unter diese Anordnung und sind abzulehnen. Die Antragsteller sind an die Absatzorgane der zuständigen Produktionsministerien zu verweisen.

Um Störungen in der Versorgung der Bevölkerung zu vermeiden, wird sich die Abteilung Handel und Versorgung beim Rat des Kreises vor Genehmigung eines Antrages vergewissern, daß von dem gewünschten Artikel genügende Mengen im Kreisgebiet vorhanden sind. Ein besonders strenger Maßstab wird bei Genehmigung eines Antrages auf sogenannte Mangelwaren, wie PKW, Fernsehgeräte u. ä., angewendet.

Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 3 36 v. 12. 8. 56

1. Ägypten

Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen
Republik in der Republik Ägypten

Herrn Handelsrat Kurt Enkelmann

16 Rue Arta Omar

Kairo - Kameleh

2. Sudan

Handelsvertretung der Regierung der Deutschen
Demokratischen Republik bei der Regierung der
Republik Sudan

Herrn Herbert Niederberger

Khartoum/Sudan

P.O. B. 1089

3. Syrien

Handelsvertretung der Regierung der Deutschen
Demokratischen Republik

Herrn Frank Zeldner

Damaskus/Syrien

B.P. 2454

4. Libanon

Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen
Republik in der Republik Libanon

Herrn Handelsrat Alfred Grimm

Beirut/Libanon

B.P. 4053

5. Indonesien

Trade Representation of the Chamber of the
Foreign Trade of the German
Democratic Republic in Indonesia

Herrn Helmut Kindler

Djakarta/Indonesien

P.O. P. 2252

6. Birma

Trade Representation of the German
Democratic Republic in the Union of Burma

Herrn Handelsrat Hans Glöckner

Rangoon/Birma

P.O. B. 1305

7. Indien

Trade Representation of the Foreign
Trade Organisations of the German
Democratic Republic in India

Herrn Handelsrat Herbert Meyer

23, Curzon Road

New Delhi/Indien

Niederlassungen der Handelsvertretung in Indien

Trade Representation of the Foreign
Trade Organisations of the German
Democratic Republic in India

Branch Office Bombay

"Mistry Bhavan"

123, Dinkar Wadia Road,

Backbay Reclamation,

Post Box-Nr. 1926

Bombay 1/Indien

Trade Representation of the Foreign
Trade Organisations of the German
Democratic Republic in India

Branch Office Calcutta

P 17, Mission Row Extension

Post Box-Nr. 912

Calcutta/Indien

8. Argentinien

Misión Comercial de la
República Democrática Alemana

Herrn Willi Vielitz

Buenos Aires/Argentinien

City Hotel

9. Uruguay

Delegación Comercial de la
República Democrática Alemana

Herrn Rudolf Tschöner

Montevideo/Uruguay

Paysandú 893

10. Kolumbien

Delegación Comercial de la
República Democrática Alemana

Herrn Rudolf Carls

Bogotá/Kolumbien

Carrera 9a Nr. 79-26

11. Chile

Ständige Handelsdelegation

Herrn Albert Schneider

Paraguay 490

LEPTO 62

Santiago de Chile

12. Finnland

Handelsvertretung der Deutschen Demokratischen
Republik in der Republik Finnland

Herrn Generalkonsul Bahr

Helsinki-Kulosari

Turholmintie 79

13. Handelsdelegation Schweden

Herrn Direktor Kurt Neumann

Stockholm/Schweden

Solna 1

14. Handelsdelegation Dänemark

Herrn Direktor Richard Krause

Kopenhagen V/Dänemark

(keine feste Anschrift — jeweils Anfrage an Länder-
referat)

15. Belgien

Délégation de la Chambre
du Commerce Extérieur de la
République Démocratique Allemande

Herrn Direktor Diebenkorn

101, Boulevard Louis Schmidt

Etterbeek-Bruxelles

Sonstige werden Leiter der Betriebswachen mit anderen Funktionen beauftragt, die Kontrollen an den Orten oberflächlich und die Streifenförmigkeit unregelmäßig durchgeführt. Kontrollen der Betriebswachen durch die Betriebsleitungen erfolgten in vielen Fällen gar nicht oder nur sehr selten.

Es wird deshalb nochmals auf die strikte Einhaltung der Arbeitsvorschrift für Betriebswachen vom 14. Sep-

VI. Mitteilungen und Hinweise

18. Schweinemast in den volkseigenen Industriebetrieben

Im zweiten Fünfjahrplan sind große Aufgaben zur weiteren Steigerung der Schlachtviehproduktion gestellt. Es gilt daher, in der Landwirtschaft, aber auch auf anderen Gebieten alle Möglichkeiten auszunutzen, damit dieses Ziel erreicht wird. Eine solche Möglichkeit ist u. a. der Abschluß von Schweinemastverträgen mit volkseigenen Industriebetrieben, um die Küchenabfälle als eine beachtliche Futterreserve zweckmäßig zu verwenden.

In der Anordnung über den Abschluß von Verträgen über die Mast von Schlachtvieh vom 29. Februar 1959 (GBI Teil I Nr. 31, S. 273) ist die Durchführung des Abschlusses von Schweinemastverträgen geregelt. Auch in diesem Jahr erhalten die Betriebe beim Abschluß von Mastverträgen, außer den in der Anordnung genannten Futtermitteln, bei der Ablieferung der Schweine eine Fleischprämie in Höhe von 30 %, wodurch das Werkessen der Betriebe verbessert werden kann.

Zur Deckung der Unkosten bei der Anschaffung von Ferkeln und Läuferschweinen, für den Kauf der zusätzlichen Futtermittel und Braunkohlenbriketts sowie für die Wartung und Pflege der Schweine wird bei der Ablieferung von mindestens 125 kg je Schwein für das aufgemästete Lebendgewicht der zweifache Erfassungspreis gezahlt. Dieser Preis wurde im Vergleich zum Jahre 1955 ab 1. Januar 1959 erhöht.

Viele volkseigene Betriebe nutzen bereits die Möglichkeiten der Mast von Schweinen aus. In den meisten Betrieben, die bis jetzt noch keine Schweine mästen, gibt es Gebäude oder Schuppen, die sich mit geringen Mitteln zur Einstellung von Schweinen herrichten bzw. erweitern lassen, so daß auch diese Betriebe die Vergünstigungen beim Abschluß von Mastverträgen in Anspruch nehmen können und mithelfen, eine wichtige versorgungspolitische Aufgabe zu lösen.

Alle Werkleiter, in deren Betrieben Möglichkeiten zur Mast von Schweinen bestehen bzw. solche Möglichkeiten geschaffen werden können, werden hiermit aufgefordert, mit dem Leiter der Abteilung Erfassung und Aufkauf beim zuständigen Rat des Kreises Verbindung aufzunehmen, um die Durchführung der Schweinemast zu beraten.

Verg. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 836 v. 13. 8. 59

20. Bestellung von Geräten für die Betriebsmeß-, Steuerungs- und Regelungstechnik

Die Betriebe des Ministeriums für Leichtindustrie werden darauf hingewiesen, daß künftig Bestellungen über Geräte für die Betriebsmeß-, Steuerungs- und Regelungstechnik aus dem Fertigungsprogramm des VEB Meßgerätewerk Treuenbrietzen an den Betrieb direkt zu erfolgen haben.

Eine anderweitige Bestellmöglichkeit ist nicht zulässig.

Verg. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 836 v. 13. 8. 59

tember 1954 hingewiesen. Bei groben Verstößen gegen diese Arbeitsvorschrift werden die jeweiligen Verantwortlichen, entsprechend der Disziplinarordnung vom 10. März 1956 (Gesetzblatt, Teil I, Nr. 2455, Seite 217), belangt.

Soweit diese Vorschriften nicht in den Betrieben vorliegen, können sie über das zuständige Polizeikreisamt, Abteilung Betriebsschutz, bezogen werden.

Verg. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 836 v. 13. 8. 59

21. Mitteilung für die Fernsprechteilnehmer der Reglerungsvermittlung Ehrenbergstraße

Im Zuge der weiteren Automatisierung unserer Fernsprechanlagen wird am 28. Juli 1959 nach dem allgemeinen Dienstsloß die Groß-Wahl-Nebenstellenanlage im Hause auf Amtsdurchwahl umgeschaltet. Alle Fernsprechteilnehmer der Groß-Wahl-Nebenstellenanlage können von diesem Zeitpunkt ab von den Amtsteilnehmern und dem Fernamt direkt angerufen werden. Eine Vermittlung der Orts- und Ferngespräche findet nicht statt.

Zu beachten ist folgendes:

Die Fernsprechteilnehmer der Groß-Wahl-Nebenstellenanlage Ehrenbergstraße (einschließlich Lehnbruckstraße) sind von außen wie folgt zu erreichen: Von Amtsteilnehmern über das Postnetz durch Wahlen der Amtsnummer 5892 und der Apparatennummer des gewünschten Teilnehmers, z. B. 229,

also 589229

Die bisherige Hausvermittlung verbleibt weiterhin. Sofern ein Amtsteilnehmer die Auskunft zu sprechen wünscht, wählt er die Amtsnummer 5892 und die Zimmer 0, also 58920.

Verg. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 836 v. 13. 8. 59

22. Mitteilungen des Staatlichen Vertragsorgans bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

1) Geltendmachung einer Vertragsstrafe neben einem Verzugs neben einer Vertragsstrafe wegen Qualitätsmängel.

Grundsätzliche Feststellung Nr. 8356.

Im Falle der Geltendmachung einer Vertragsstrafe neben einem Verzugs neben einer Vertragsstrafe wegen Qualitätsmängel sind folgende Grundsätze zu beachten:

1. Wurde rechtzeitig geliefert, entgegengenommen, die Abnahme aber wegen erkannter Mängel verweigert, so ist, da nicht in Erfüllung des Vertrages geliefert und abgenommen wurde, nur die Verzugsvertragsstrafe geltend zu machen. Der Verzug ist mit der Nachlieferung beendet.

2. Wurde rechtzeitig geliefert, abgenommen, aber Anspruch auf Nachbesserung oder Nachlieferung erhoben, so ist nur die Qualitätsvertragsstrafe geltend zu machen. Für die Nachbesserung oder Nachlieferung soll eine Frist vereinbart werden. Bei Fristüberschreitung entsteht Anspruch auf Verzugsvertragsstrafe. Bei neuer mangelhafter Lieferung sind alle Gewährleistungsansprüche neu gegeben.

3. Wurde nicht rechtzeitig geliefert, abgenommen und Minderung oder Nachbesserung vereinbart, so sind beide Vertragsstrafen geltend zu machen.

4) Einspruch gemäß § 6 der 6. Durchführungsbestimmung zur Vertragsverordnung.

Grundsätzliche Feststellung Nr. 8356.

In den Verfahren vor dem Staatlichen Vertragsgericht ist häufig darüber zu befinden, ob der Einspruch gegen eine Vertragsstrafenrechnung als eingelegt angesehen werden kann, wenn der Vertragsstrafenschuldner behauptet, ihn abgesandt, der Vertragsstrafengläubiger jedoch behauptet, ihn nicht erhalten zu haben. Um eine einheitliche Behandlung solcher Fälle zu ermöglichen, wird folgende Feststellung getroffen:

1. Der Nachweis, daß ein Einspruch eingelegt und an den Vertragsstrafengläubiger abgesandt wurde, ist grundsätzlich von dem Vertragsstrafenschuldner zu führen.
2. Der Nachweis durch Vorlage einer Postquittung ist wegen der damit verbundenen Mehrkosten nur in solchen Fällen erforderlich, in denen es sich um eine Vertragsstrafe von mehr als 3000,— DM handelt.
3. In anderen Fällen genügt die Vorlage des mit einem Absendevermerk versehenen Durchschlages des Einspruchsschreibens. Der Mitarbeiter des Vertragsstrafenschuldners, der den Absendevermerk angebracht hat, ist über die Absendung des Einspruchsschreibens zu hören.
4. Wird der Nachweis gemäß Ziffer 1 oder Ziffer 3 geführt, kann bei Verlust des Einspruchsschreibens der Einspruch gemäß § 6 Absatz 2 der 6. DB VVO nachträglich zugelassen.

Vorg. u. Mitg. d. Min. f. Leichind. Nr. 834 v. 13. 8. 56

23. Mitteilung der Zentralleitung der Kammer der Technik

Nachdem nun die erste Auflage der Broschüre „Wie verwirklichen die Werktätigen den technisch-organisatorischen Fortschritt in ihrem Betrieb?“ einen unerwartet raschen Absatz gefunden hat und bereits über 2000 Vorbestellungen vorliegen, wurde die Herausgabe der zweiten Auflage beschlossen. Diese Tatsache kann als Bel. g. gewertet werden, daß die Broschüre viele Werktätigen der volkseigenen Betriebe die notwendige Hilfe und Anleitung bei der Förderung des technisch-organisatorischen Fortschritts gegeben hat.

Die erste Auflage der Broschüre wurde von Mitarbeitern der zentralen Arbeitsgemeinschaft „Rationalisierung“ überarbeitet und durch ein sieben Seiten um-

fassendes „Organisationsbeispiel zur Analyse des Produktionsflusses“ vervollständigt.

Da längst nicht alle Betriebe mit der Broschüre versorgt werden konnten, wird auf das Erscheinen der zweiten Auflage hingewiesen.

Die Broschüre ist zum Preise von 2,— DM beim Druckschriftenvertrieb der Kammer der Technik, Berlin W 8, Clara-Zetkin-Straße 111, erhältlich.
Vorg. u. Mitg. d. Min. f. Leichind. Nr. 834 v. 13. 8. 56

24. Statistische Gütekontrolle — für jeden vorzulegen

von Professor Dr.-Ing. Ludwig Küttner, Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar.

Herausgegeben von der Kammer der Technik zusammen mit der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse. — DIN A 4, etwa 90 Seiten, 28 Abbildungen, 1 Tafel, Verkaufspreis 1,90 DM.

Zwei Methoden statistischer Gütekontrolle zur Qualitätsbeurteilung gleichartiger Artikel der Massenfertigung werden in dem aufgeführten Werk in leichtverständlicher Form beschrieben.

Eine Methode gibt die Möglichkeit, nachträglich die Höhe des Ausschusses durch Probenentnahmen und Rückschlüsse an Hand einer Kurventafel festzustellen und in Verbindung mit dem sozialistischen Wettbewerb eine Senkung der Ausschussquote in der Massenfertigung zu erreichen.

Die zweite Methode gestattet während des Ablaufes der Produktion durch Probenkontrolle und Beachtung der zulässigen Abweichungen mittels eines Steckbrettes rechtzeitig Ausschuß zu erkennen und zu verhindern.

In sieben Lektionen werden alle einschlägigen Fragen behandelt, die besonders den Werkleiter, Produktionsleiter, Technologen, Meister, Hauptbuchhalter, IKO-Leiter- und -Mitarbeiter interessieren. Darüber hinaus dient diese Broschüre als Literatur für die Durchführung von geplanten Lehrgängen der Kammern.

Zur Sicherung der Auflagenhöhe sind dem VEB Verlag Technik, Werbeabteilung (Wa), Berlin W 8, Unter den Linden 12, möglichst bis zum 15. September 1956 Bestellungen aufzugeben.

Dr. Feldmann
Minister

Mitteilungen der Hauptverwaltung Textil

Verbindlichkeit von Technischen Normen

Die Textilnormen

Nachtwäsche — Nachthemden aus Geweben (Konfektion) Prüfvorschrift,

Nachtwäsche — Schlafanzüge aus Geweben (Konfektion) Prüfvorschrift,

sind ab 1. September 1956 verbindliche Arbeitsgrundlagen.

Eventuelle Einsprüche sind bis zum 15. Oktober 1956 an das Normenbüro im VEB Plauener Damenkonfektion zu richten.

Für die Vervielfältigung der Textilnormen sowie die Auslieferung an die zuständigen Normenbüros ist die Zentralstelle für Standardisierung im FIFT, Karl-Marx-Stadt, verantwortlich.

Vorg. u. Mitg. d. Min. f. Leichind. Nr. 834 v. 13. 8. 56

Rechnungslegung volkseigener Textilbetriebe an den Groß- und Einzelhandel

Im Preisdienst 1, Teil I, Jahrgang 7, vom 1. Januar 1956, ist die neue Art der Rechnungslegung gegenüber dem Groß- und Einzelhandel festgelegt.

Daraus geht hervor, daß in den Rechnungen der Artikelnummer der Schlüsselziffer aufzuführen ist, d. h. die volle Nomenklaturnummer (bestehend aus Buchstaben und Ziffern).

Wir machen hiermit die Betriebe nochmals darauf aufmerksam, daß diese Festlegungen unbedingt einzuhalten sind.

Vorg. u. Mitg. d. Min. f. Leichind. Nr. 834 v. 13. 8. 56

Bekanntmachung neuer Tex N

Die Tex N 034 001: Technische Normen — Gestaltung und Benummerung von Textilschnitten

und

die Tex N 034 001: Werknormen — Gestaltung und Benummerung von Textilschnitten

sollen ab 1. September 1956 als verbindliche Arbeitsanweisung.

Reinhold
Hilfsmittel

16. Niederlande

Vertretung der Kammer für Außenhandel der
Deutschen Demokratischen Republik in den Nieder-
landen

Herrn Hellmar Röhle
Amsterdam-Z/Holland
Honthorststr. 38

17. Vertretung der Kammer für Außenhandel der
Deutschen Demokratischen Republik
in Österreich

Herrn Direktor Kurt Haubenreißer
Wien I. Österreich
Tuchlauben 7a

18. Griechenland

Vertretung der Kammer für Außenhandel der
Deutschen Demokratischen Republik
in Griechenland

Herrn Direktor Herbert Ulrich
Athen/Griechenland
Valacrilou 18

19. Türkei

Herrn Direktor Werner Peis
Istanbul/Türkei
Parkhotel

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 8/56 v. 13. 8. 56

V. Technische Sicherheit und Arbeitsschutz

15. Mitteilung über die Tagung der Sicherheits-
inspektoren der Hauptverwaltungen und Ver-
waltungen des Ministeriums für Leichtindustrie
am 4. und 5. Juli 1956 in Karl-Marx-Stadt

Am 4. und 5. Juli 1956 berieten die Sicherheitsinspek-
toren der Hauptverwaltungen und Verwaltungen in
Gegenwart des Stellvertreters des Ministers, Kollegen
Korotki, Vertretern des Bundesvorstandes des FDGB,
der Betriebsgewerkschaften, des Ministeriums für
Arbeits- und Berufsausbildung sowie der Staatsanwaltschaft
und der Arbeitsschutzinspektion des Bezirkes
Karl-Marx-Stadt, die Zielsetzung des Ministeriums für
Leichtindustrie auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes
in der technischen Sicherheit im 2. Fünfjahrplan.

In anhaltendem Referat des Hauptsicherheitsinspek-
tors des Ministeriums für Leichtindustrie, Kollegen Sie-
gel, wurde in Auswertung der 3. Parteikonferenz und
aufgrund von den großen Produktionsverpflichtungen
des Ministeriums für Leichtindustrie im 2. Fünfjahr-
plan die derzeitige Lage im Arbeitsschutz dargelegt
sowie Maßnahmen zur allseitigen Verbesserung der Ar-
beitssicherheit auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes und der tech-
nischen Sicherheit im Bereich des Ministeriums für
Leichtindustrie vorgeschlagen und erläutert.

Nach gründlicher Beratung der Aufgaben auf dem
Gebiete des Arbeitsschutzes und der technischen Sicher-
heit, die in den Anordnungen des Ministers vom 1. Juni
1956 (Sonderdruck der Verfügungen und Mitteilungen
vom 18. Juni 1956) im einzelnen festgelegt sind, wurde
besonders herausgestellt, daß Arbeitsschutz und tech-
nische Sicherheit künftig im Mittelpunkt der Tätigkeit
aller leitenden Funktionäre stehen müssen.

Alle Werktätigen sind mehr als bisher für die Be-
lange des Arbeitsschutzes zu interessieren und zur
aktiveren Mitarbeit zu gewinnen.

Auf technischem Gebiet sind folgende Schwerpunkte
vorrangig zu behandeln:

Verbesserung des Transportwesens durch Mechanis-
ierung.

Ausrüstung aller Maschinen und Triebwerke mit
wirksamsten Schutzvorrichtungen und -einrichtungen.

Verbesserung des baulichen Zustandes der Betriebe
(insbesondere Fußböden).

Verbesserung der Raumluftverhältnisse und
Erleichterung der Arbeit unserer Frauen.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 8/56 v. 13. 8. 56

124

16. Arbeitsschutzmonat im September 1956

Der Bundesvorstand des FDGB, das Ministerium für
Arbeits- und Berufsausbildung und das Ministerium
für Gesundheitswesen haben in einem Aufruf vom
1. August 1956 alle Betriebe zur Durchführung eines
Arbeitsschutzmonates im September 1956 aufgerufen.

Die Leiter der Hauptverwaltungen, Betriebe und
sonstigen Organe im Bereich des Ministeriums für
Leichtindustrie werden aufgefordert, die Betriebs-
gewerkschaftsleitungen bei der Organisation und
Durchführung dieses Arbeitsschutzmonates zu unter-
stützen.

Als Arbeitsgrundlage dienen neben den im Aufruf
gegebenen Hinweisen (Tribüne vom 3. und 6. August
1956) die bereits im Vorjahre durch die einzelnen
Hauptverwaltungen herausgegebenen Arbeitsanleitun-
gen.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 8/56 v. 13. 8. 56

17. Messeschutzverordnung

Zur Erhöhung der Sicherheit der Messen und Aus-
stellungen vor Brand- und Unfallgefahren ist am
28. Juni 1956 die Verordnung über den Schutz von
Messen und Ausstellungen (Messeschutzverordnung
GBI I S. 553) erlassen worden. Alle Mitarbeiter und
Organe, die mit der Vorbereitung und Durchführung
von Ausstellungen befaßt werden, werden aufgefordert,
sich eingehend mit diesen Bestimmungen vertraut zu
machen, um Leben, Gesundheit und Volkseigentum vor
Schaden zu bewahren.

Die Nichtbeachtung dieser Bestimmungen kann die
Schließung von Ausstellungen sowie Bestrafungen zur
Folge haben.

Verf. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 8/56 v. 13. 8. 56

18. Arbeitsvorschrift für die Betriebswachen in den
volkseigenen und gleichgestellten Betrieben vom
14. September 1954

Bei Überprüfungen einiger Betriebe des Ministeriums
für Leichtindustrie wurde festgestellt, daß noch nicht
überall die Arbeitsvorschrift für die Betriebswachen
als Grundlage für die Arbeit der Betriebswachen dient.

So wurde festgestellt, daß Betriebswachenghörige
mit Nebenarbeiten, wie Verkauf von Getränken und
Zigaretten, Botengängen, Ausgabe von Materialien usw.
beschäftigt und somit in der Wahrnehmung ihrer
eigentlichen Aufgaben — Sicherung des Objektes —
beeinträchtigt werden.

9. Katalogisierung der Einzelhandelspreise

Das Ministerium für Handel und Versorgung (HA Preis, Abteilung Preisbildung — Sonstige Industriewaren) teilt dem Ministerium für Leichtindustrie unter dem 27. Juli 1956 folgendes mit:

„Durch den Beschluß des Ministerrates vom 1. Juni 1956 zur Änderung des Beschlusses über die Grundsätze der Preispolitik (GBL 130 Seite 529) wurde das Ministerium für Handel und Versorgung für die Katalogisierung der Einzelhandelspreise verantwortlich gemacht.

Aus diesen Grunde wurden bisher 41 Katalog-Kommissionen gebildet, die sich an alle bisherigen Preisbildungsstellen bzw. Stellen mit Preisbildungsbefugnissen wenden, um die notwendigen Unterlagen heranzuholen.

Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik bei der Staatlichen Plankommission hat diese Erhebungen befristet bis zum 31. Oktober 1956 unter der Nr. 920/144 am 12. Juli 1956 genehmigt.“

Das Ministerium für Handel und Versorgung bittet um Unterstützung für diese Arbeiten.

Verg. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 836 v. 13. 8. 56

10. Artikelnummern bei Rechnungen

Das Ministerium für Handel und Versorgung (HA Preis, Abteilung Preisbildung — Sonstige Industriewaren) teilt folgende Mitteilung zugehen lassen:

„Die Verwaltung der Niederlassungen des Außenhandels für Technik erhielten wir am 1. Juli 1956 eine Beschwerde, in welcher uns mitgeteilt wurde, daß von den Lieferbetrieben auf den

Rechnungen entweder keine oder nur unvollständige Artikelnummern angegeben werden.

Wie der Name schon sagt, bestimmen diese Nummern den Artikel. Fehlt diese Nummer oder ist sie nicht vollständig, so entstehen Verwechslungen.

„Lt. unserer Anordnung vom 23. Dezember 1954 (ZBl. Seite 625) über die Ausstellung und den Inhalt von Rechnungen in der volkseigenen Wirtschaft bei Lieferungen an den Groß- und Einzelhandel sind die Lieferbetriebe verpflichtet, die Artikel- oder Nomenklaturnummern in den Rechnungen der Lieferanten anzugeben.“

Auf die Einhaltung dieser Anordnung ist zu achten.
Verg. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 836 v. 13. 8. 56

11. Werbematerial

Bestehende Unklarheiten hinsichtlich der Finanzierung von Material für Werbezwecke geben Veranlassung, auf folgende Entscheidungen hinzuweisen, die im Einvernehmen mit der Abteilung Grundsatzfragen der Deutschen Investitionsbank getroffen wurden:

Zweckgebundenes Dekorationsmaterial — Schaufensterdekoration, wie Schaufenstergroupen usw. — muß, soweit der Anschaffungspreis 200,— DM übersteigt, aus Investitionsmitteln bezahlt werden.

Für Werbezwecke genutzte Handelsware — z. B. das Aufstellen einer kompletten Eisenbahnanlage — kann aus Werbekosten finanziert werden. Dabei ist jedoch zu beachten, daß der für diese Gegenstände später erzielte Verkaufserlös als Kostengutschrift zu behandeln ist.

Diese Regelung findet sinngemäß Anwendung für die Industrieläden.

Verg. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 836 v. 13. 8. 56

IV. Absatz

„Die Leitung von Betrieben für die Erweiterung der Sortimente an Massenbedarfsgütern bei Erleichterung bzw. Unterschreitung der geplanten Kosten

„h. d. Verordnung vom 17. Dezember 1953 zur Erhöhung und Verbesserung der Produktion von Gütern für die Bevölkerung (GBL S. 1315) bestimmten Aufgaben wurden von nachstehend angegebenen Betrieben vorbildlich erfüllt. Die Betriebe werden mit folgenden Prämien ausgezeichnet:

VEB Vöhrberger Zellstoff- und Papierfabrik
in Weißenborn 3000,— DM
VEB Zwirnerei und Spinnerei Sachsenring,
Glauchau 1500,— DM
VEB Textilwerke Mülsen 3000,— DM
Verg. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 836 v. 13. 8. 56

13. Prämierung von Exportbetrieben

Für hervorragende Leistungen bei der Erfüllung der Exportaufträge hat die Leitung des Ministeriums auf Vorschlag der Hauptverwaltungen in Übereinstimmung mit den Außenhandelsorganen nachstehend aufgeführte Betriebe ausgezeichnet:

VEB Burochemie, Dresden 5000,— DM
VEB Tricotex, Wittgensdorf 5000,— DM
VEB Zwenfurter Kunstleder- und
Wachstuchfabrik 5000,— DM
VEB Sächsisches Füllhalterwerk, Singwitz-
Bautzen 5000,— DM
VEB Glaswerk Stralau, Berlin 5000,— DM
VEB Feinwäsche, Hartmannsdorf 3000,— DM

VEB Linoleumwerk, Kohlmühle 3000,— DM
VEB Sitzmöbel- und Klappstuhlindustrie,
Waldheim 3000,— DM
VEB Matern- und Feinpappenfabrik,
Thalheim 3000,— DM
VEB Steingutwerk Colditz 3000,— DM
VEB Papier- und Kartonfabrik Nieder-
schlema 2000,— DM
VEB Thüringer Teppichfabrik, München-
bernsdorf 2000,— DM
VEB Lederwarenfabrik Apolda 2000,— DM
VEB Trommelfabrik, Weißenfels 2000,— DM
VEB Hartpappenwerk, Lehnsmühle 2000,— DM
VEB Porzellanwerk „Graf von Henne-
berg“, Ilmenau 2000,— DM
VEB Filzfabrik, Wurzen 1000,— DM
VEB Schwarzhammermühle über Reichen-
bach (Vogtl.) 500,— DM

Die Leitung und die Mitarbeiter des Ministeriums für Leichtindustrie beglückwünschen die Werktätigen in den Betrieben zu ihrer Auszeichnung.

Verg. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 836 v. 13. 8. 56

14. Reisen ins Ausland

Bei Reisen ins Ausland sind alle Mitarbeiter verpflichtet, sich bei den Vertretungen der Deutschen Demokratischen Republik zwecks Koordinierung und Abstimmung zu melden. Die Anschriften der Handelsvertretungen der Deutschen Demokratischen Republik im kapitalistischen Ausland sind folgende:

4. Richtlinien für die Zahlung von Prämien an die wissenschaftlichen Mitarbeiter, das Ingenieurtechnische Personal und das leitende kaufmännische Personal in den Zentralen Projektierungsbüros — Ministerium für Leichtindustrie —

Auf Grund des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 1. September 1953 sowie in Ausführung des § 1 Abs. 2 der 1. DB zur VO über die Prämienzahlung für das Ingenieurtechnische Personal, für die Meister und für das leitende kaufmännische Personal in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben vom 23. Juni 1953 (GBl. I S. 169) wird mit Zustimmung der Staatlichen Plankommission — Zentralamt für Forschung und Technik —, des Ministeriums für Arbeit und Berufsausbildung und des Ministeriums der Finanzen folgende Richtlinie erlassen:

I. Bildung des Leistungsprämienfonds

1. In den Zentralen Projektierungsbüros ist ein Leistungsprämienfonds zu bilden.

Der Leistungsprämienfonds besteht neben dem Direktorfonds nach der VO vom 17. Februar 1953 (GBl. I S. 113) — § 4 Abs. 3 — in Verbindung mit der VO vom 26. Januar 1956 über den Direktorfonds im Planjahr 1956 (GBl. I S. 129) und soll zur Zahlung von Prämien in sinngemäßer Anlehnung an die VO vom 17. Februar 1953 über die Prämienzahlung für das Ingenieurtechnische Personal, für Meister und das leitende kaufmännische Personal in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben (GBl. I S. 135) gebildet werden.

2. Der Leistungsprämienfonds wird bis zur Höhe von 10% der gezahlten Lohn- und Gehaltssumme (oberhalb des geplanten Lohn- und Gehaltsfonds) gebildet. Die Zuführungen zu diesem Leistungsprämienfonds erfolgen bei Vorliegen der Voraussetzungen gem. Abschnitt III dieser Richtlinie zu Lasten der im Planjahr 1956 für den Plananteil Forschung und Technik durchgeführt werden, erfolgt die Zuführung zum Leistungsprämienfonds entsprechend den angefallenen Lohn- und Gehaltskosten anteilhaft aus den Kosten des Büros und aus den zur Verfügung gestellten Mitteln für Forschung und Technik.

2. Verwendung des Leistungsprämienfonds

1. Die Mittel des Leistungsprämienfonds sind zur Zahlung von Prämien zu verwenden.

Zu den Prämienberechtigten gehören die leitenden Kader, die Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker, Spezialisten und Meister, die durch ihren persönlichen Einsatz oder durch schöpferische Leistungen wesentlich zur Erfüllung und Übererfüllung der Aufgaben beigetragen haben.

Die Leiter der Büros legen den Personenkreis der Prämienberechtigten in Zusammenarbeit mit der BGL namentlich, unter Angabe der Funktionen und Arbeitsgebiete, fest. Dieser Personenkreis ist von dem zuständigen Stellvertreter des Ministers zu bestätigen.

3. Die Ausübung der Funktion ergibt ohne besondere Leistungen im jeweiligen Arbeitsgebiet keinen Prämienanspruch.
4. Zur Prämierung besonderer Leistungen der nicht unmittelbar zu dem unter 2. aufgeführten Personenkreis der Prämienberechtigten gehörenden technischen, wissenschaftlichen und kaufmännischen Hilfskräfte kann ein Betrag bis zu 20% der jeweils insgesamt errechneten Prämiensumme im Rahmen des gem. Abschnitt I dieser Richtlinie gebildeten Leistungsprämienfonds in Anspruch genommen werden.

III. Voraussetzungen zur Zahlung von Leistungsprämien

Prämien sind zu zahlen:

für die Erarbeitung von Projekten oder Konstruktionen, die eine vollständige und fristgemäße Lösung der gestellten Aufgabe beinhalten, die Typisierung und Standardisierung fördern oder wesentliche Einsparungen an Material- oder Lohnkosten in der Produktion zur Folge haben,

für die Vollendung der in den Arbeitsprogrammen zu den Arbeiten des Planes Forschung und Technik und den Arbeiten des Planes Standardisierung und technische Normung für das jeweilige Quartal festgelegten Arbeitsabschnitte,

an die schöpferisch daran beteiligten Mitarbeiter;

für die Erfüllung dieser Aufgaben bei Einhaltung des Kostenplanes,

an die leitenden Kader.

IV. Festsetzungen der Prämien, Prämienkürzungen

1. Die Festsetzung der Prämien erfolgt durch den Leiter des Büros.

Die Prämien für die Leiter und ihre Stellvertreter sind vom zuständigen Stellvertreter des Ministers zu bestätigen.

Die Mitwirkung der BGL des Büros erfolgt in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des § 3, Abs. 7 der Verordnung vom 17. Februar 1953 über die Prämienzahlung für das Ingenieurtechnische Personal, für die Meister und für das leitende kaufmännische Personal in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben. Der Prämienbetrag darf 150% des Monatsgehalts des Prämienempfängers innerhalb eines Quartals nicht überschreiten.

2. Wird bei Realisierung der Projekte bzw. Anwendung der Konstruktionen eine fehlerhafte oder nachlässige Arbeitsweise der Urheber festgestellt, so ist der Leiter des Büros verpflichtet, Kürzungen bei Prämien vorzunehmen, die nach Bekanntwerden solcher Feststellungen gezahlt werden sollen.

Die Prämienkürzungen sind unabhängig davon vorzunehmen, ob die die Kürzung verursachenden Faktoren bei Leistungen aufgetreten sind, die prämiert oder nicht prämiert wurden.

Die Prämienkürzungen sind bei den für die fehlerhafte oder nachlässige Arbeitsweise verantwortlichen Mitarbeitern vorzunehmen und im Prämienantrag gekennzeichnet auszuweisen.

Die Prämienkürzungen für die Leiter und ihre Stellvertreter sind durch den zuständigen Stellvertreter des Ministers zu bestätigen.

3. Die Prämien unterliegen einem Steuerabzug von 5%. Sie unterliegen nicht der Beitragspflicht der Sozialversicherung.

V. Sperrungen des Prämienfonds

Die Stellvertreter des Ministers sind berechtigt und verpflichtet, den Prämienfonds ganz oder teilweise zu sperren, wenn die Voraussetzungen für die Prämienzahlung gem. Abschnitt III dieser Richtlinie in einem oder mehreren Quartalen bei der Mehrzahl der jeweils wichtigsten Aufträge nicht erfüllt wurden.

VI. Schlußbestimmungen

Diese Richtlinie tritt ab 1. Januar 1956 in Kraft.

Gleichzeitig treten die bisherigen Bestimmungen über die Prämienzahlung in den Zentralen Projektierungs- und Konstruktionsbüros außer Kraft.

Vorg. u. Mitg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 136 v. 19. 2. 56.

preise für die einzelnen Warengruppen enthalten. Diese Kataloge sind vom Ministerrat zu bestätigen. Im Rahmen dieser Katalogpreise setzt der Minister für Handel und Versorgung die Preise für einzelne Waren in eigener Verantwortung fest. Er hat dabei das im Staatshaushalt geplante zentralisierte Reineinkommen des Staates zu sichern.

3. Der Minister für Handel und Versorgung wird verpflichtet, die Relationen der Verbraucherpreise zwischen Bekleidungsstoffen und konfektionierter Oberbekleidung einerseits und Konfektion, Maßkonfektion und Maßarbeit andererseits mit dem Ziel zu überprüfen, einen erhöhten Anreiz für den Kauf von konfektionierter Oberbekleidung zu schaffen.
4. Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission und der Minister für Handel und Versorgung werden verpflichtet, die durch die Anwendung falscher Durchschnittspreise im Warenbereitstellungsplan vorhandenen Differenzen zwischen Menge und Wert zu beseitigen. Dem Warenbereitstellungsplan für 1957 sind diese Durchschnittspreise zugrunde zu legen.
5. Der Minister für Handel wird verpflichtet, im Gesamtmarkt geminderte Waren der Bevölkerung zu Sonderpreisen herabzusetzen. Preisen in Sonderläden oder besonderen Abteilungen in Kauf- und Warenhäusern zum Kauf anzubieten. Diese Läden bzw. Abteilungen sind zu standigen Einrichtungen zu entwickeln und nach dem Beispiel der Basare der Deutschen Demokratischen Republik zu organisieren.
6. Steigerung des Exportes von Massenkonsumgütern
a. Reihe von Massenkonsumgütern, besonders Textilwaren, die Produktion den eigenen Bedürfnissen deckend bei niedrigen Preisen überbieten, sind zur Steigerung des Exportes solcher Massenkonsumgüter anzustreben.
b. Der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel wird verpflichtet, den Export von Tullen und Konfektionswaren, Strümpfen und Socken, Leinen, Textilien usw. zu steigern.
c. Der Minister für Leichtindustrie wird verpflichtet, in seinen Betrieben Exportabteilungen einzurichten und diese mit qualifizierten Kadern zu besetzen.
d. Der Minister für Handel und Versorgung und die Leiter der Produktionsministerien werden verpflichtet, mit dem Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel auf der Grundlage des Außenhandelsplanes zur Sicherung der Qualitäten und Sortimente Jahresverträge abzuschließen, die Vereinbarungen über die rechtzeitige Lieferung der zu exportierenden und zu importierenden Waren entsprechend den internationalen Güte- und Sortimentsbestimmungen enthalten.

VII. Organisation der Durchführung

Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Professor Fred Oeffner, wird beauftragt, die sich aus diesem Beschluß ergebenden weiteren Maßnahmen in der Kommission für Konsumgüterproduktion und Versorgung der Bevölkerung beim Präsidium des Ministerrates zu beraten und ihre Durchführung zu veranlassen. Stehen der Durchführung dieses Beschlusses Verordnungen und Beschlüsse des Ministerrates entgegen, so sind dem Ministerrat oder seinem Präsidium durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Professor Fred Oeffner, entsprechende Vorschläge zur Neuordnung zu unterbreiten.

Verf. u. Hrsg. d. Min. f. Leichtind. Nr. 0 35 v. 18. 6. 56

1. Anweisung zur Unterstützung der Einführung der polytechnischen Bildung an den allgemeinbildenden Schulen

Der V. Pädagogische Kongreß in Leipzig im Mai 1956 befaßte sich eingehend mit dem Fragenkomplex der polytechnischen Bildung mit dem Ziel, diese in den allgemeinbildenden Schulen schrittweise einzuführen. Diese große Aufgabe kann allein von den Lehrern und dem Ministerium für Volksbildung nicht gelöst werden, vielmehr muß die gesamte sozialistische Industrie hierbei Hilfe leisten. Es kommt jetzt darauf an, daß jeder Werkleiter des Ministeriums für Leichtindustrie den Weg zu unseren allgemeinbildenden Schulen findet und nicht wartet, bis die mit der polytechnischen Bildung im Zusammenhang stehenden Fragen an ihn herangetragen werden.

Ab sofort muß ebenfalls durch alle Betriebe des Ministeriums für Leichtindustrie die Unterstützung für die polytechnische Bildung organisiert und planmäßig geleistet werden, d. h. daß alle Werkstätten unserer sozialistischen Betriebe in den Städten und auf den Dörfern unmittelbaren Einfluß auf die Erziehungs- und Bildungsarbeit in den allgemeinbildenden Schulen nehmen müssen. Das ist jetzt um so dringender, weil wir am Beginn einer industriellen Umwälzung stehen. Wir bereiten uns darauf vor, die Kernenergie für friedliche Zwecke zu nutzen, auf allen Gebieten der Volkswirtschaft in abschbarer Zeit mit radioaktiven Isotopen zu arbeiten, die einzelnen Industriezweige weiter zu mechanisieren und bestimmte Produktionszweige zu automatisieren. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden; die polytechnische Bildung macht die Berufsausbildung nicht etwa überflüssig, sondern die Berufsausbildung soll jenen hohen Grad an Spezialausbildung gewährleisten, der zur meisterhaften Beherrschung einer bestimmten Produktionstechnik notwendig ist.

Die polytechnische Bildung soll das allgemeine Fundament geben, auf dem eine Spezialausbildung schnell erreicht werden kann. Deshalb ist die polytechnische Bildung im System der sozialistischen Ordnung eine Voraussetzung, ohne die das ständige Wachstum der sozialistischen Gesellschaft im Ausmaß und Tempo nicht gewährleistet werden kann.

Die Verwirklichung der polytechnischen Bildung macht es notwendig, den Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern zu verstärken und zu verändern. Ab 1. September 1956 werden die Fächer Werkunterricht, das Polytechnische Praktikum und das Technische Zeichnen an den allgemeinbildenden Schulen neu eingeführt. Die Oberschüler sollen darüber hinaus ein Betriebspraktikum absolvieren.

Das theoretische und praktische Kennenlernen der Produktion wird dazu beitragen, daß die Schüler die schöpferische Arbeit unserer schaffenden Menschen schätzen und die Arbeit als eine Sache des Ruhmes und der Ehre ansehen. Die polytechnische Bildung wird in den Schülern die Liebe zur körperlichen Arbeit und das Bestreben wecken, die körperliche Arbeit mit der geistigen zu verbinden.

Die jungen Menschen lernen begreifen, daß in unserer Deutschen Demokratischen Republik die Arbeiterklasse zum Beherrscher der Produktion geworden und die sozialistische Produktionsweise der kapitalistischen überlegen ist. Das trägt dazu bei, das patriotische Bewußtsein der Kinder und Jugendlichen zu formen und festigt in ihnen den Willen, unser sozialistisches Eigentum zu mehren und zu schützen.

Infolge der außerordentlichen Bedeutung, die der Einführung der polytechnischen Bildung zukommt, wende ich folgendes an:

stärkte Werbung für die Aktion „Industriearbeiter
auf Land“ und:

Bekämpfungen über die finanziellen Bestimmungen
der Richtlinien „Industriearbeiter auf Land“ vom
4. Februar 1953, 17. März 1953.

neue Direktive über die Finanzierung von Moderni-
sierung und Arbeitskräften in den LKP vom 4. Mai 1953.

1. 1953 g. 10. 1. 1953, 17. 3. 1953.

1. Sicherung der bedarfsgerechten Produktion von Massenkonsumgütern

Am 18. Juni 1953 hat der Ministerrat den Beschluss
über die Sicherung der bedarfsgerechten Produktion
von Massenkonsumgütern gefasst. Dieser Beschluss
beruht auf den wichtigsten Prinzipien der Verbesse-
rung der bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung
mit Massenkonsumgütern 1953.

Die Grundzüge dieses Beschlusses sind in den
Leitenden Gedanken des ökonomischen und rechtlichen
Grundgesetzes der Produktion und Handel, Industrie
und Versorgung. Die Leitung des Ministeriums wird
sich bemühen, Maßnahmen hierzu zu ergreifen.

Die ersten Maßnahmen sind die Sicherung
der Produktion und der Bedarfs der Massenkonsumgüter
in der ersten Hälfte des Jahres 1953. Die ersten
Maßnahmen sind mit einem großen Kreis von
Industriearbeitern und mit der Vorbereitung
der ersten Hälfte des Jahres 1953 verbunden.

1. 1953 g. 10. 1. 1953, 17. 3. 1953.

Am 18. Juni 1953 hat der Ministerrat den Beschluss
über die Sicherung der bedarfsgerechten Produktion
von Massenkonsumgütern gefasst.

Die Grundzüge dieses Beschlusses sind in den
Leitenden Gedanken des ökonomischen und rechtlichen
Grundgesetzes der Produktion und Handel, Industrie
und Versorgung. Die Leitung des Ministeriums wird
sich bemühen, Maßnahmen hierzu zu ergreifen.
Die ersten Maßnahmen sind die Sicherung
der Produktion und der Bedarfs der Massenkonsumgüter
in der ersten Hälfte des Jahres 1953. Die ersten
Maßnahmen sind mit einem großen Kreis von
Industriearbeitern und mit der Vorbereitung
der ersten Hälfte des Jahres 1953 verbunden.
Es ist erforderlich, in den ersten Jahren des zweiten
Fünfjahresplans diese Lage zu verändern. Deshalb werden
die folgenden Maßnahmen beschlossen:

1. Anpassung der Produktion an den tatsächlichen Be- darf

Die Produktion von Massenkonsumgütern hat sich
grundsätzlich dem von den Handelsorganen ermittelten
Bedarf anzupassen. Die Handelsorgane sind verpflich-
tet, exakte Bedarfsermittlungen anzustellen, die die
Grundzüge dafür geben, daß in der Produktion mit
großen Stückzahlen gefertigt werden kann. Gleichzeitig
sind diese Bedarfsermittlungen Grundlage für die Arbeit
des staatlichen Großhandels, der durch entspre-
chende Lagerbestände dafür sorgen muß, daß in den

Produktionsbetrieben eine rentable Fertigung vom
Standpunkt des Auftragszyklus und der zu fertigen-
den Stückzahlen möglich ist.

1. Der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission
wird verpflichtet, bei der Aufstellung des Volkswirt-
schaftsplanes die vorhandenen Warenbestände zu be-
rücksichtigen.

2. Die Ausarbeitung des operativen Plans der
Massenkonsumgüter-erzeugenden Betriebe hat ent-
sprechend den gesetzlichen Bestimmungen auf der
Grundlage der mit den Handelsorganen abgeschlosse-
nen Verträge zu erfolgen. Den Produktionsbetrieben
ist es untersagt, Waren zu produzieren, für die keine
Verträge des Handels vorliegen. Die Handelsbetriebe
sind verpflichtet, ihren Warenbereitstellungsplan mit
den Verträgen der Produktionsbetriebe zu decken.

3. Die Minister der Produktionsministerien werden ver-
pflichtet, die ihnen unterstellenden Produktions-
betriebe zu verpflichten, dem Handel rechtzeitig voll-
ständige Warenangebote zu unterbreiten. Die auf
dieser neuen Einschätzung und Kenntnis der Produk-
tions- und Bereitstellungsverhältnisse beruhen.

Der Minister der Leichtindustrie wird verpflichtet,
im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und
Versorgung die Formen des Absatzes der Massen-
konsumgüter auf den Verkaufsvorrichtungen des
Handels zu verändern, um eine enge Verbindung
zwischen den Produktions- und Handelsbetrieben zu
erreichen. Die Preise zwischen Angebot und Nach-
frage sind wesentlich zu verkürzen.

4. Die Fertigungspläne müssen die objektiven Mög-
lichkeiten der Industrie berücksichtigen werden, die
sich aus dem Volkswirtschaftsplan ergeben.

5. Die Fertigungspläne der Regierung der Deutschen
Demokratischen Republik, die Bedarfsermittlungen
und die Vertragsgeschäftsstellen werden ver-
stärkt darauf zu achten.

6. Es ist bei Entscheidungen über den Abschluß von Ver-
trägen der Bedarf berücksichtigt wird.

7. Es ist bei Entscheidungen über die Abnahme von
Waren des Vertragspartners keine Waren an-
zunehmen, die nicht vertragsgerecht sind.

8. Die Minister der Produktionsministerien werden ver-
pflichtet, konzentriert zu lagernde Materialbestände
anzugehen, die im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden
der Staatlichen Plankommission in Position und
Menge bis zum 1. September 1953 festzulegen sind.

II. Sicherung von Produktionsumstellungen bei Ände- rung des Bedarfs

1. Treten im Laufe des Jahres Änderungen im Bedarf
ein, so ist das Ministerium für Handel und Ver-
sorgung verpflichtet, die Produktionsministerien mit-
teilend zu veranlassen, die Produktion entsprechend
umzustellen. Dies erfordert eine größere Elastizität
der operativen Produktionsplanung.

Wird eine Bestellung durch den Handel geändert, so
muß der Produktionsbetrieb im Prinzip diese Ände-
rung anerkennen. Der Besteller trägt alle bisher an-
stehenden Kosten, die bisher produzierte Ware geht
in sein Eigentum über.

2. Um Produktionsumstellungen im Laufe des Jahres
auf ein Mindestmaß zu beschränken, sind die ent-
sprechend dem Volkswirtschaftsplan abgeschlossenen
Globalverträge jeweils für die einzelnen Quartale
durch Lieferverträge zwischen den Handelsorganen
und den Produktionsbetrieben zu konkretisieren.

**Kommuniqué über die 100. Sitzung des Kollegiums
des Ministeriums für Leichtindustrie vom 20. Juli 1956**

Am 20. Juli 1956 fand in Berlin unter Leitung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Kollegiums, Staatssekretär Müller, die 100. Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie statt.

Das Kollegium wurde durch den Staatssekretär über die Hauptgesichtspunkte der großen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Verhandlungen der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik mit der Regierung der sozialistischen Sowjetunion und die während der Verhandlungen getroffenen Abmachungen informiert.

Im Verlaufe der 100. Kollegiumssitzung wurden Fragen der Struktur des Ministeriums für Leichtindustrie beraten (siehe Sonderkommuniqué im Anschluß).

Das Kollegium beschäftigte sich ferner mit der Verwirklichung des Ministerratsbeschlusses über die Erleichterung der Austauschproduktion für Holz und zur Erleichterung der Holzspanung von Holz vom 29. September 1953. Nach mehreren Beispielen für die gute Arbeit zur Verwirklichung des Beschlusses, so z. B. beim Aufbau von Holz- und Faserplattenwerke, wurde in einer Reihe von Fällen die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeit des Kollegiums herausgearbeitet und der Ministerrat des Ministeriums für Leichtindustrie zur Verwirklichung empfohlen.

Das Kollegium beschloß, Nr. 13 v. 12. 8. 56,

Sonderkommuniqué über die Beratungen des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie zur Veränderung der strukturellen Gliederung im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie

Am 20. Juli 1956 der 100. Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Leichtindustrie beschäftigten sich die Mitglieder des Kollegiums mit Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur im Ministerium für Leichtindustrie. In der Sitzung des Kollegiums der Empfehlungen der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Verbesserung der Arbeit der staatlichen Verwaltungen wurde am 20. Juli 1956 den Vorschlag der Leitung des Ministeriums für Leichtindustrie zur Veränderung der strukturellen Gliederung des Ministeriums für Leichtindustrie beschlossen.

Die Veränderungen im Ministerium für Leichtindustrie sind wie folgt:

Die Leitung des Ministeriums für Leichtindustrie wird um zwei Stellvertreter des Ministers erweitert. Vier Stellvertreter des Ministers leiten je einen der nachstehend aufgeführten Produktionsbereiche an:

a) Produktionsbereich I — Textilindustrie

mit den Hauptverwaltungen

Baumwolle und Dekor

Bastfaser

Wolle und Seide

Trikotagen und Strümpfe

b) Produktionsbereich II — Bekleidungsindustrie

mit den Hauptverwaltungen

Bekleidung

Leder, Kunstleder und Pelz

Schuhe und Lederwaren

c) Produktionsbereich III — Holz, Papier und Kulturwaren

mit den Hauptverwaltungen

Zellstoff, Papier und Pappe

Papierverarbeitung

Schnittholz, Furniere und Platten

Holzbau

Möbel

Musikinstrumente und Kulturwaren

Spielwaren

d) Produktionsbereich IV — Glas, Keramik und Haushaltschemie

mit den Hauptverwaltungen

Glas

Keramik

Haushaltschemie

Altstoffe

Alle dem Ministerium für Leichtindustrie zugeordneten Produktionsbetriebe, Lokalkombinate, Konstruktions- und Entwicklungsbüros sind den neu zu bildenden Hauptverwaltungen zu unterstellen.

Die Unterstellung der dem Ministerium zugeordneten Institute, Zentralen Projektierungsbüros, Fachschulen und Handelsorgane wird gesondert durch direkte Weisungen entschieden.

2. Im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie werden ausgliedert bzw. aufgelöst:

a) die VVV, Leipzig

und die IZL, Leipzig.

Die diesen unterstellten Betriebe,

das Institut für grafische Technik, Leipzig,

und die Ingenieurschule „Otto Grotrwohl“, Leipzig,

werden aus dem Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie ausgegliedert und mit Wirkung vom 1. August 1956 dem Ministerium für Kultur unterstellt.

b) Es werden aufgelöst

aa) die Hauptverwaltung Textil

mit den ihr nachgeordneten VVB IZL

Baumwolle, Karl-Marx-Stadt

Wolle und Seide, Meerane (Sa.)

Volltuch, Cottbus

Deko, Plauen (Vogl.)

Trikot, Limbach (Sa.)

Bastfaser, Leipzig

Konfektion, Leipzig

bb) die Hauptverwaltung Leder Schuhe Rauchwaren

mit den ihr nachgeordneten VVB IZL

Leder Kunstleder Pelz, Leipzig

Schuhe Lederwaren, Weißenfels

cc) die Hauptverwaltung Holz und Kulturwaren

mit den ihr nachgeordneten VVB IZL

Holzbearbeitung, Leipzig

Möbel, Halle (Saale)

Musik Kultur, Plauen (Vogl.)

Holzbau, Leipzig

dd) die Hauptverwaltung Polygraphische Industrie

mit den ihr nachgeordneten VVB IZL

Papier und Pappe, Heidenau (Sa.)

Papierverarbeitung, Dresden

ee) die Hauptverwaltung Glas und Keramik

mit den ihr nachgeordneten VVB IZL

Glas, Weißwasser (Oberlausitz)

Keramik, Erfurt

Durch Beschluß des Präsidiums des Ministerrates treten zugleich in der Leitung des Ministeriums für Leichtindustrie nachstehend Veränderungen ein: